

Stellungnahme

An: Simone Irsfeld, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (IG II 3), Robert-Schumann-Platz 3, 53175 Bonn

Von: Dr. Criswell, Meike, Sebastian Schütze

CC:

Betreff: Stellungnahme zur Kabinetttvorlage Ratifikation Minamata-Konvention: FRIST: 20.01.2017

Datum: 19.01.2017

I. Vorbemerkung

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI) vertritt auf dem Gebiet der Arzneimittelforschung, -entwicklung, -zulassung, -herstellung und -vermarktung das breite Spektrum der pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Rund 240 Unternehmen mit ca. 70.000 Mitarbeitern haben sich im BPI zusammengeschlossen. Dazu gehören u.a. klassische Pharma-Unternehmen, aber auch Unternehmen aus dem Bereich der Homöopathie/Anthroposophischen Medizin und Impfstoffhersteller.

II. Stellungnahme

Der BPI begrüßt grundsätzlich das Minamata-Übereinkommen. Wir verweisen aber auf die geltenden Ausnahmen, welche in der EU-Verordnung vorgesehen sind. Insbesondere bleibt der Import von Quecksilber und Quecksilberhaltigen Verbindungen für die Herstellung von Arzneimitteln erlaubt. Dies ist insbesondere für die Herstellung von Impfstoffen, Homöopathika und Anthroposophika von Bedeutung.

Hier fordern wir den deutschen Gesetzgeber dazu auf, den Arzneimittelherstellern keine zusätzlichen Hürden aufzuerlegen, sondern diese Ausnahmen im Übereinkommen von Minamata über Quecksilber (Überprüfung 105-1303674) in den Anlagen A (Mit Quecksilber versetzte Produkte) und B (Herstellungsprozesse, bei denen Quecksilber oder Quecksilberverbindungen verwendet werden) fest zu verankern.

Im Vergleich zu Natürlichen Quecksilber-Quellen (180.000 t/Jahr) sowie Künstlichen Quecksilber-Quellen (38.000 t/Jahr) benötigt die gesamte Pharmazeutische Industrie sehr wenig Quecksilber (< 1,5 kg/Jahr). Umgekehrt sind diese Arzneimittel aber ein wichtiger Bestandteil der Arzneimittelversorgung. Viele Beitragszahler unseres deutschen Gesundheitssystems, auch finanzschwache und schutzbedürftige, nutzen und fordern die Versorgung mit Homöopathika, Anthroposophika und Impfstoffen. Diese Arzneimitteltherapieoptionen müssen erhalten bleiben. Denn Therapieviefalt, Therapiefreiheit und Patientenautonomie haben einen hohen Stellenwert.

Stellungnahme

III. **Kontakt**

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI)
Friedrichstrasse 148, 10117 Berlin

Tel.: 030-27909 – 0
Email: mcriswell@bpi.de